



Wortprotokoll

über die 36. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 17. Mai 2023

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeisterin

Habenschaden

3. Bürgermeisterin

Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 17. Mai 2023

Oberbürgermeister	Reiter
2. Bürgermeisterin	Habenschaden
3. Bürgermeisterin	Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Fuchs, StRin Dr. Gerstenkorn, StRin Gökmenoğlu, StRin Hanusch, StR Krause, StRin Lüttig, StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StRin Post, StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Schreyer, StR Smolka, StRin Stöhr, StR Süß, StR Weisenburger;

CSU:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StRin Burkhardt, StR Ewald, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StR Hammer, StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StRin Dr. Menges, StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schall, StR Schmid, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss;

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Gradl, StR Hefter, StRin Hübner, StR Köning, StRin Likus, StR Mentrup, StR Müller, StR Naz, StRin Odell, StR Rupp, StRin Dr. Schmitt-Thiel, StRin Schönfeld-Knor, StR Schuster, StR Vorländer, StRin Wengatz;

AfD:

StR Stanke, StR Walbrunn, StRin Wassill;

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth;

DIE LINKE.:

StR Jagel, StR Lechner (parteilos); StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Holtmann, StR Ruff;

FREIE WÄHLER:

StR Mehling, StR Schabl;

BAYERNPARTEI:

StR Progl;

München-Liste:

StR Höpner;

Die PARTEI:

StRin Burneleit;

Rosa Liste:

StR Niederbühl;

Volt:

StR Sproll;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR Baumgärtner

Bfm. StR Biebl

Bfm. StRin Dr. Dornheim

Bfm. StR Dunkel

Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer

Bfm. StRin Frank

Stadtkämmerer Frey

Stadtschulrat Kraus

Bfm. StRin Kugler

Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk

Bfm. StR Mickisch und i. V. Herr Westermaier

Bfm. StRin Dr. Sammüller-Gradl

Bfm. StRin Schiwy

Bfm. StRin Zurek

Inhaltsverzeichnis

Grundsatzbeschluss „Pro Geothermie“ Virginia Depot	7
StR Ruff:	7
OB Reiter:	7
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	8
Öff. Grünflächen Neufreimann im Geltungsbereich des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 1989	8
Sofortprogramm infolge der verschärften Energiesituation	9
StRin Wassill:.....	9
OB Reiter:	9
Konkretisierung der Konzeption „Freiraum M 2030“	10
StR Pretzl:.....	10
StR Prof. Dr. Hoffmann:	10
StR Pretzl:.....	10
Stadtratsaustausch mit Livingstone (Sambia)	11
Eigenbetrieb Münchner Kammerspiele – „Rat für die Kammerspiele“	11
StRin Wassill:.....	11
OB Reiter:	11
Entscheidungsvorschlag zur künftigen Raumaufteilung der Boschetsrieder Straße	12
StR Pretzl:.....	12
Münchner Mobilitätskongress 2023.....	13
StR Pretzl:.....	13
StR Pretzl:.....	13
StRin Wassill:.....	14
Stoppt die Frühsexualisierung von Kindern – Vorlesung von „Drag-Künstlern“ untersagen!.....	15
OB Reiter:	15
StR Stanke:.....	15
Erhalt der Böglwiese als Grünfläche für Sport und Spiel der Bürger	16
„Rettet die Böglwiese – LHM führt Verhandlungen mit Shaere in Perlach“	16
OB Reiter:	16
StR Ruff:	16
StSchR Kraus:	17
OB Reiter:	17
Beratungsleistung zur Verbesserung der Außenanlagen städt. Kindertageseinrichtungen	18
StR Stanke:.....	18
StR Prof. Dr. Hoffmann:	18
StSchR Kraus:	19
Standardmobiliar für Kindertageseinrichtungen und Schulen	20
StR Stanke:.....	20
StSchR Kraus:	21
Barrieren im Parteiverkehr abbauen.....	22
OB Reiter:	22
Bfm. StRin Schiwy:	22
StRin Likus:.....	22
StRin Berger:	24
StR Lechner:.....	26
OB Reiter:	33

StRin Gassmann:.....	34
StR Roth:	35
StR Lechner:.....	36
Bfm. StRin Schiwy:	37
OB Reiter:	37
Frau Dichtl (Leitung Direktorium):.....	37
OB Reiter:	38
Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags im ÖPNV an die MVG ab 01.01.2025	39
StRin Burger:	39
StR Bickelbacher:	39
StRin Mirlach:	40

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:10 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Grundsatzbeschluss „Pro Geothermie“ Virginia Depot

Aktensammlung Seite 4977

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir bitten um Vertagung des Tagesordnungspunkts, weil die Beschlussvorlage erst am Freitag kam. Es handelt sich um eine sehr schwierige Abwägung zwischen verschiedenen Varianten, und es ist uns noch nicht gelungen, die betroffenen Stellen und Verbände einzubeziehen. Deshalb möchten wir uns für die Beratung noch einige Tage Zeit nehmen.

OB Reiter:

Ich schlage eine Vertagung in das nächste Plenum vor, weil drei oder vier Referate beteiligt sind. Im Ältestenrat haben wir kurz darüber gesprochen, ob es sinnvoll sei, eine gemeinsame Ausschusssitzung zu terminieren. Da die Belange verschiedener Referate betroffen sind, und eine längere Debatte zu erwarten ist, waren wir dafür, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Vollversammlung zu behandeln.

Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig in die nächste Vollversammlung **vertagt**.

Der gemeinsame Änderungsantrag von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt gilt als **eingebracht**.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referent*innen zu den Tagesordnungspunkten B 1, 5, 7, 9, 10 und 14 werden **einstimmig beschlossen**.

(Aktensammlung Seiten 4983, 4991, 4995, 4999, 5001 und 5007)

Öff. Grünflächen Neufreimann im Geltungsbereich des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 1989

– Ehemalige Bayernkaserne im 12. Stadtbezirk Schwabing-Freimann

A) Darstellung Masterplan und geplantes weiteres Vorgehen zur Umsetzung der Teilabschnitte

B) Öffentliche Grünflächen ÖG 1, 2, 3, 8, 9 - erste Ausbaustufe

1. Bedarfs- und Konzeptgenehmigung

2. Projektauftrag

C) Öffentliche Grünfläche ÖG 7

1. Bedarfs- und Konzeptgenehmigung

2. Projektauftrag ÖG 7 – Westteil

D) Lärmschutzmaßnahme an der Heidemannstraße

Vorplanungsauftrag

E) Personalbedarf der Hauptabteilung Gartenbau des Baureferates

F) Finanzierung

Öffentliche Grünflächen Neufreimann im Geltungsbereich des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 1989

Antrag Nr. 3822 von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt vom 03.05.2023

Aktensammlung Seite 4985

Beschluss (Ziffer 15.1 im Antrag der Referentin gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag.

**Sofortprogramm infolge der verschärften Energiesituation
Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Intensivierung und
Beschleunigung der Energieeinsparung und Dekarbonisierung bei
stadteigenen Gebäuden sowie der Verkehrsinfrastruktur**

Aktensammlung Seite 4987

Beschluss (Ziffer 9 im Antrag der Referentin gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag.

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wir können Ziffer 9 nicht zustimmen, weil es dort um Elektrofahrzeuge geht, die wir in dieser Art und Weise nicht unterstützen. Ansonsten ist es richtig, Energie einzusparen, aber Sie tun dies aus dem falschen Grund. Wir möchten klarstellen, dass wir nur aus finanziellen Gründen zustimmen und nicht wegen des Klimaschutzes. Nach unserer Ansicht muss das Klima nicht gerettet werden. Danke!

OB Reiter:

Aber es stört Sie nicht, wenn damit auch das Klima geschützt wird? – (Heiterkeit)

Konkretisierung der Konzeption „Freiraum M 2030“
Schlüsselprojekt Freiraumquartierskonzept Innenstadt 1
Diverse Anträge

Aktensammlung Seite 4989

StR Pretzl:

Wir möchten unseren im Planungsausschuss gestellten Änderungsantrag erneut zur Abstimmung stellen.

Der Änderungsantrag Nr. 3755 von CSU mit FREIE WÄHLER vom 27.03.2023 wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und AfD **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

Erklärungen zur Abstimmung:

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Erklärung wie im Ausschuss.

StR Pretzl:

Erklärung wie im Ausschuss.

**Stadtratsaustausch mit Livingstone (Sambia)
im Rahmen des beantragten Projekts zur Einführung eines Geoinformationssystems**

Aktensammlung Seite 4993

Beschluss (Ziffer 2 im Antrag der Referentin gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag.

Eigenbetrieb Münchner Kammerspiele – „Rat für die Kammerspiele“

Aktensammlung Seite 4997

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag.

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben den Antrag abgelehnt, weil hier weniger Lobbybildung vonnöten wäre. Die Kammerspiele sollen mehr anbieten, was die Bürger sehen wollen. Danke!

OB Reiter:

Okay, „My Fair Lady“ in die Kammerspiele. – (Heiterkeit)

**Entscheidungsvorschlag zur künftigen Raumaufteilung der Boschetsrieder Straße
zwischen Aidenbachstraße und Plinganser-/Wolfratshäuser Straße (Stadtbezirk 19)
Bedarfs- und Konzeptgenehmigung Verkehrsführung und Raumaufteilung
Entscheidungsvorschlag zur künftigen Raumaufteilung der Boschetsrieder Straße
Änderungsantrag Nr. 3836 von CSU mit FREIE WÄHLER vom 10.05.2023**

Aktensammlung Seite 5003

StR Pretzl:

Wir möchten unseren Änderungsantrag aus dem Mobilitätsausschuss erneut zur Abstimmung stellen.

Der Änderungsantrag Nr. 3836 von CSU mit FREIE WÄHLER vom 10.05.2023
wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen
von CSU mit FREIE WÄHLER und AfD **beschlossen**.

Münchner Mobilitätskongress 2023

– Bürgerschaftliche Projekte – Ermächtigung zur Zuwendungsgewährung

Münchner Mobilitätskongress

Änderungsantrag Nr. 3834 von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt vom 10.05.2023

Münchner Mobilitätskongress

Änderungsantrag Nr. 3835 von CSU mit FREIE WÄHLER vom 10.05.2023

Mobilitätskongress 2023: Drei weitere gute bürgerschaftliche Projekte fördern und realisieren

Änderungsantrag Nr. 3838 von ÖDP/München-Liste vom 10.05.2023

Aktensammlung Seite 5005

StR Pretzl:

Wir stellen unseren Änderungsantrag aus dem Mobilitätsausschuss erneut zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 3835 von CSU mit FREIE WÄHLER vom 10.05.2023 wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, wir bitten um gesonderte Abstimmung. Den Ziffern 1, 2 und 4 – 6 im Antrag des Referenten möchten wir zustimmen. Die Spiegelstriche 1 und 2 in Ziffer 3 lehnen wir ab.

Die Ziffern 1, 2 und 4 bis 6 im Antrag des Referenten werden gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Die Spiegelstriche 1 und 2 in Ziffer 3 werden gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und AfD **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag des Referenten gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und AfD **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Wir sind nicht in den Ausschüssen vertreten, deshalb müssen wir unsere Stellungnahmen hier abgeben. Es geht um Projekte zur Verkehrsbeunruhigung im Gesamtvolumen von 305.000 €. Unter anderem fallen Parkplätze weg. Diese Projekte zur Verkehrswende sollen die Bürger vom Autofahren abhalten. Deshalb sind wir dagegen. Vielen Dank!

**Stoppt die Frühsexualisierung von Kindern – Vorlesung von „Drag-Künstlern“ untersagen!
Dringlichkeitsantrag Nr. 3845 der AfD vom 15.05.2023**

Aktensammlung Seite 5009

OB Reiter:

Ich lese Ihnen die Stellungnahme der Rechtsabteilung zu diesem Dringlichkeitsantrag vor:

„Der Antrag betrifft im Kern eine laufende Angelegenheit im Sinne von Art. 37 Abs. 1 Nr. 1 BayGO, nämlich die Durchführung einer konkreten Veranstaltung in der Stadtbibliothek, für die der Stadtrat nicht zuständig ist. Soweit darüber hinaus ein stadtweites Konzept zur Verbesserung des Schutzes der Rechte von Minderjährigen in städtischen Einrichtungen beantragt wird, kann die Rechtsabteilung schon keine zeitliche Dringlichkeit erkennen, welche ein Absehen vom Ladungserfordernis rechtfertigen könnte.“

StR Stanke:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Unabhängig von der Rechtslage ist es gelebte Praxis in diesem Haus, dass sich der Oberbürgermeister oder der Stadtrat zu Punkten äußern. Deswegen ist die Dringlichkeit dieses Antrags offenkundig. Jeder, der Kinder hat oder haben will, jeder, der ein Herz für Kinder oder noch einen Funken Anstand im Leib hat, ... – (Unruhe – Zurufe: Zur Dringlichkeit! – OB Reiter: Das macht es doch auch nicht besser.) – ...muss die Dringlichkeit bejahen und für den Antrag stimmen. Danke!

Die Dringlichkeit des Antrags Nr. 3845 wird gegen die Stimmen der AfD **nicht zuerkannt**.

Der Antrag wird als regulärer Antrag weiterbearbeitet.

– Die Tagesordnungspunkte C 2 und C 3 werden gemeinsam behandelt. –

**Erhalt der Böglwiese als Grünfläche für Sport und Spiel der Bürger
Dringlichkeitsantrag Nr. 3846 der AfD vom 15.05.2023**

Aktensammlung Seite 5011

**Rettet die Böglwiese – LHM führt Verhandlungen mit Shaere in Perlach
Dringlichkeitsantrag Nr. 3847 von ÖDP/München-Liste vom 16.05.2023**

Aktensammlung Seite 5013

OB Reiter:

Die Zielrichtung dieser beiden Dringlichkeitsanträge ist nahezu identisch. Hierzu sagt die Rechtsabteilung:

„Nach Auffassung der Rechtsabteilung gehört die Suche nach Standorten für die Unterbringung von Schülerinnen und Schülern während der Bauarbeiten an einer städtischen Schule zu den laufenden Angelegenheiten der Verwaltung. Die Anträge können insoweit objektiv nicht dringlich sein.“

Das heißt, sie könnten auch in einer Ausschusssitzung behandelt werden.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen das anders und bitten Sie, schnellstmöglich Verhandlungen mit Shaere zur Interimsnutzung aufzunehmen. Eine Bitte des Stadtrats ist immer zulässig und definitiv keine Angelegenheit der laufenden Verwaltung.

Dennoch wären wir mit dem Vorschlag einverstanden, den Antrag in einer der nächsten Sitzungen des Bildungs- oder Sozialausschusses zu behandeln. Das sollte möglichst bald geschehen, weil es bereits eine Bauanfrage für die Böglwiese gibt. Deshalb sollten die Verhandlungen über den Alternativstandort rasch aufgenommen werden.

Mir wäre es wichtig, über die beiden Dringlichkeitsanträge separat abstimmen zu lassen, denn wir haben mit der AfD nichts zu tun. – (Beifall)

StSchR Kraus:

Herr Oberbürgermeister, werte Stadtratsmitglieder! Wir können gerne mit Shaere in Kontakt treten und eine mögliche Nutzung eruieren. Das ist bisher nicht geschehen, weil wir uns auf die Europäische Schule und andere Ausweichstandorte konzentriert haben.

Zur objektiven Dringlichkeit: Im Juli müssten etwaige Vergaben für die Versetzung von mobilen Raumeinheiten durchgeführt werden. Bis dahin hätten wir Zeit, um in die Verhandlungen einzutreten, und könnten so verfahren, wie Herr Ruff es vorgeschlagen hat.

Dem Antrag Nr. 3846 der AfD wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen der Antragsteller **nicht zuerkannt**.

Dem Antrag Nr. 3847 von ÖDP/München-Liste wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen der Antragsteller und der AfD **nicht zuerkannt**.

Die Anträge werden als reguläre Anträge weiterbearbeitet.

OB Reiter:

Ich schlage vor, das Thema in der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses zu behandeln. Ist jemand dagegen? Ich höre keinen Widerspruch.

**Beratungsleistung zur Verbesserung der Außenanlagen städt. Kindertageseinrichtungen
Folgausschreibung, Neuvergabe Rahmenvertrag, Vergabeermächtigung
Vertragszeitraum 01.08.2023 bis 31.07.2025**

Aktensammlung Seite 4973

StR Stanke:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! In der Beschlussvorlage heißt es:

„Aufgrund von notwendigen fachlichen Abstimmungen konnte eine fristgerechte Einbringung und Beschlussfassung im eigentlich zuständigen Ausschuss nicht erfolgen.“

Deshalb fragen wir: Welche fachlichen Abstimmungen waren das? Warum hat das länger gedauert als sonst? Oder wurde nicht rechtzeitig damit begonnen? Gibt es vielleicht andere – unserer Meinung nach unnötige – Projekte, die dieses Vorhaben aufgehalten haben? Sind viele altgediente Wissensträger im Laufe der Zeit vielleicht gegangen oder gegangen worden? Oder gibt es ganz triviale Hintergründe? Dann wäre das auch okay. Wir wollen niemanden bloßstellen oder dergleichen, aber es ist doch wichtig, die Ursachen zu kennen, um möglichst Abhilfe zu schaffen.

Warum kann das nicht intern abgewickelt werden, statt die Beratungsleistung extern zu vergeben? Soweit wir wissen, gibt es im Referat erfahrene und altgediente Gartenbau-Spezialisten. Deshalb werden wir den Antrag des Referenten ablehnen.

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Auch ich stelle klar: Wir haben nichts mit der AfD zu tun. Aber es ist auffällig, dass Beschlussvorlagen zu Vorverträgen über einen längeren Zeitraum statt auf die Tagesordnung eines Ausschusses direkt in die Vollversammlung kommen. Der Vergabezeitraum von zwei Jahren sollte genug Vorlauf bieten, um die Abstimmungen rechtzeitig vorzunehmen. Herr Kraus, wenn Sie sagen, Sie hätten das nicht geschafft, dann sage ich Ihnen: Sie haben zu spät angefangen.

Der ehrenamtliche Stadtrat versucht, die Themen rechtzeitig zu behandeln. Dabei spielen die Ausschüsse eine wichtige Rolle. Darum ging es heute schon bei dem Tagesordnungspunkt zur Geothermie im Virginia Depot. Wenn die Ausschüsse peu à peu ausgehebelt werden, indem die

Themen direkt auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt werden, dann ist das nicht gut für die Abläufe.

Ich glaube nicht, dass einzelne Personen daran schuld sind, oder dass es daran lag, dass Leute aus parteipolitischen Gründen entlassen wurden. Aber ich bitte Sie, künftig rechtzeitig anzufangen, damit die Themen im Ausschuss behandelt werden können. Danke!

StSchR Kraus:

Herr Prof. Dr. Hoffmann, ich muss Sie leider enttäuschen. Das Einbringen des Tagesordnungspunkts in die Vollversammlung hat nichts mit einer verlangsamten Bearbeitung im Referat für Bildung und Sport zu tun.

Ursprünglich war geplant, die Beschlussvorlagen zu den Tagesordnungspunkten A 1 und A 2 Anfang Mai einzubringen, aber für diesen Zeitraum ist sehr kurzfristig die Delegationsreise nach Israel angesetzt worden, an der ich teilgenommen habe. Deswegen wurden die Sitzungen des Bildungs- und Sportausschusses in dieser Woche abgesagt. Die Tagesordnungspunkte wurden in die nächsten Ausschusssitzungen verschoben oder – wenn das wegen der Vergabefristen nicht möglich war – in die Vollversammlung. – (StR Prof. Dr. Hoffmann: So kurzfristig wurde die Reise nicht terminiert.) – Doch, ansonsten hätten wir die Punkte in die Sitzungen im April einbringen müssen. Im März war noch nicht klar, ob ich an der Delegationsreise teilnehme.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Standardmobiliar für Kindertageseinrichtungen und Schulen
Neuvergabe Rahmenvertrag, Vergabeermächtigung
Vertragszeitraum 01.09.2023 bis 31.08.2025

Aktensammlung Seite 4975

StR Stanke:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Zu diesem Punkt hätte ich die gleichen Fragen zur Kurzfristigkeit wie bei Tagesordnungspunkt A 1 gehabt, aber die sind bereits beantwortet worden. Schade, dass die Reise solche Standardabläufe durcheinandergeworfen hat.

Wir haben noch einige fachliche Anmerkungen: In der Beschlussvorlage wird auf die erschwerten Bedingungen bei der Beschaffung und Ausschreibung von Rahmenverträgen seit 2020 eingegangen. Die Stichwörter lauten Corona, Ukraine-Krieg und Preissteigerungen. Es ist vielleicht nicht leichter geworden, aber in anderen Bereichen der Verwaltung und in der Wirtschaft gehen die Abläufe weitgehend im geregelten Rhythmus weiter, ohne zum Stillstand zu kommen. Vielleicht lassen sich die Verträge dynamisieren, indem eine Klausel zum Preisindex eingebaut und jährlich nach oben oder unten tariert wird.

Darüber hinaus interessiert uns, um wie viele und um welche Möbel es sich handelt. Davon steht nichts in der Vorlage. Eine generelle Anregung: Vielleicht können notfalls auch gebrauchte Möbel gekauft werden. Das ist gerade für KiTas vertretbar. Eventuell können Möbel auch repariert und wiederverwendet werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Projektwerkstatt Schule-Beruf e. V. hinweisen und zitiere aus ihren Unterlagen:

„In dieser Holz- und Metallwerkstatt am Standort des Tagesheims & Schule Hochstraße werden unter fachlicher Anleitung Gegenstände für Klassenzimmer, Schule oder Pausenhof hergestellt.“

Vielleicht lässt sich diese Projektarbeit in noch mehr Schulen ausrollen. Dann könnten sich die Kleinen selbst um ihre Möbel kümmern. Das wäre doch eine tolle Sache! Danke!

StSchR Kraus:

Vielen Dank für die Anmerkungen! In Kapitel 2.2 der Beschlussvorlage steht, um welche Möbel es sich handelt. Über die Stückzahl kann ich leider nichts sagen, aber diese Information können wir gern schriftlich nachreichen. Von der Anregung, gebrauchte Möbel anzuschaffen, wäre der Fachdienst für Arbeitssicherheit nicht begeistert. Bei der Anschaffung anderer gebrauchter Gegenstände haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Gutachterkosten zur Feststellung der Verkehrssicherheit deutlich höher waren als die Kosten für neue Möbel. Wir haben dies in einigen Fällen probiert, sind aber leider am Fachdienst für Arbeitssicherheit und den Unfallverhütungsvorschriften gescheitert.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Barrieren im Parteiverkehr abbauen

Inklusive Sprechzeiten anbieten

Antrag Nr. 1104 von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt vom 01.03.2021

Aktensammlung Seite 4979

OB Reiter:

Die Referentin möchte vorab eine Ziffer in ihrem Antrag berichtigen.

Bfm. StRin Schiwy:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadtratsmitglieder! Die Antragsziffer 18 bezieht sich auf die Ziffer 17 und muss deshalb lauten:

„18. Die Ziffer 17 dieses Beschlusses unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.“

Vielen Dank!

StRin Likus:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Danke für den Hinweis auf die Ziffern 17 und 18! Das haben wir jetzt alle kapiert, und das ist schon mal schön.

Die Vorlage schlägt enorm viele sinnvolle Dinge vor. Wenn wir uns damit beschäftigen, wie die einzelnen Bereiche im Parteienverkehr der Stadtverwaltung barrierefreier gestaltet werden können, müssen wir ins Detail gehen. So kommt es zu der beachtlichen Zahl von 18 Ziffern, die beschlossen werden sollen.

In einer Zeit, in der die meisten Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung spüren, dass Kraft und Energie begrenzt sind, ist es trotzdem gut, mit dieser Vorlage weiterzugehen und Barrieren abzubauen. Das heißt nicht nur, dass Verwaltungsgebäude mit Hilfsmitteln erreichbar sein sollen, oder Schriftstücke in verständlicher Sprache abgefasst werden. Dabei denke ich nicht nur an die hinter mir sitzenden Juristinnen und Juristen, sondern an viele Mitarbeitende, die Broschüren in verständlicher Sprache erarbeiten sollen. Ich denke aber auch an Mahnungen, Hilfeplanprotokolle, Veranstaltungsbescheide oder andere Texte, mit denen die Stadtverwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert. Es wäre sinnvoll, wenn sie in verständlicher Sprache vorlägen bzw. auf

Nachfrage in Leichte Sprache übersetzt werden könnten, damit noch mehr Menschen mit der Stadtverwaltung kommunizieren können.

Das ist auch der Grund für unseren Änderungsantrag, der eine kleine Schippe drauflegen und dazu ermutigen will, die digitalen Möglichkeiten zu nutzen:

„Das Sozialreferat wird beauftragt, den Zugang zu Übersetzungen in Leichter Sprache zu vereinfachen. Einerseits durch einen Rahmenvertrag für Übersetzungen in Leichte Sprache und andererseits durch die Möglichkeit automatischer digitaler Übersetzungen in Kombination mit dem Gegenlesen durch eine Kontrollgruppe.“

Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele unserem Änderungsantrag zustimmen. Damit könnten wir eine einfache Zugangsmöglichkeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden.

Angenommen ich wäre eine Sachbearbeiterin, die gerade einen Bescheid für eine von einer Gruppe behinderter Menschen organisierte Veranstaltung im öffentlichen Raum geschrieben hat. Die könnten mit dem Bescheid zunächst einmal gar nichts anfangen, weil sie den Text nicht so gut verstehen. Sie würden das Kreisverwaltungsreferat bitten, den Bescheid in Leichter Sprache zu schicken, damit sie sich an die darin formulierten Auflagen halten können. In diesem Fall wäre es gut, wenn die KVR-Mitarbeitenden die entsprechenden Punkte mit Hilfe einer leicht zugänglichen Möglichkeit verständlich kommunizieren könnten. Dafür setze ich mich ein. Wir wollen Barrieren abbauen. Das soll zu etwas ganz Normalem werden.

Ich möchte noch kurz Stellung zu dem umfangreichen Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI nehmen. Es wäre ziemlich praktisch gewesen, wenn Ihr uns den Antrag einen kleinen Tick früher hättet zukommen lassen. Dann hätten wir ihn ein bisschen vertiefter prüfen können.

Punkt 4 geändert können wir nicht zustimmen. Die Steuerungsgruppe als referatsübergreifendes Gremium ist sicherlich selbst in der Lage zu entscheiden, welche Punkte in den 3. Aktionsplan aufgenommen werden sollen. Die Kolleginnen und Kollegen, die in der Steuerungsgruppe das Sozialreferat vertreten, können die Punkte gern einbringen. Ich finde es keine kluge Idee zu fordern, dass das auf jeden Fall passieren soll, denn die Entscheidungshoheit soll bei dem Gremium liegen, das den Aktionsplan erarbeitet.

In Punkt 6 geändert werden verschiedene Webseiten aufgeführt. Das Problem ist, dass es sich um private Webseiten oder Apps handelt. Mich würde die Einschätzung des Direktoriums interessieren, ob diese Forderung zulässig ist. Auch bei Punkt 11 geändert würde mich die Einschätzung des zuständigen Referats interessieren, weil ich nicht weiß, ob das für alle Ausschreibungen und Vergaben möglich ist.

Zu Punkt 9 geändert im Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI: Hier stellt der rot-grüne Änderungsantrag die weitreichendere Forderung.

Bei Punkt 12 geändert können wir mitgehen, weil im Antragstext nur „so weit wie möglich“ gestrichen werden soll. Es ist völlig klar, dass nur das, was möglich ist, umgesetzt werden soll. Vielen Dank! (Beifall von SPD/Volt)

StRin Berger:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir Dinge auf den Weg bringen, geht mir manchmal das Herz auf. Bei dieser Vorlage ist das der Fall. Herzlichen Dank an alle Beteiligten, die daran mitgewirkt haben! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

Die Idee für diesen Antrag entstand, als ich von den „stillen Einkaufszeiten“ in Neuseeland erfahren habe. In dortigen Supermärkten werden eine Stunde lang sämtliche Quellen für Reizüberflutung ausgeschaltet, damit Autist*innen in Ruhe und entspannter einkaufen können. Das hat gezeigt, welche große Wirkung kleine Veränderungen haben können. Viele Menschen, die keine Autist*innen sind, haben das sehr gern angenommen und davon profitiert.

Hier geht es jedoch nicht um eine Supermarktkette, sondern um das Rathaus. Deswegen kamen wir auf die Idee, inklusive Sprechzeiten einzufordern. Mit dieser Vorlage ist uns ein großer Wurf gelungen. Es ist ein Auftakt. Ich denke, daraus wird etwas Großes entstehen. Es sollen Standards und Maßnahmen festgelegt werden, die für alle in der Stadtverwaltung gelten. Diese Standards werden voraussichtlich darüber hinausgehen, was die gesetzlichen Regelungen vorschreiben.

Im Moment ist es ein Entlanghangeln an Problemen. Wenn Barrieren auftauchen, werden sie beseitigt. Es gibt viele Mitarbeitende, die dazu eine Haltung haben. Aber es ist wichtig, dass man das zentral aufstellt, eine rote Linie hineinbringt, und wirklich alle gemeinsam daran arbeiten.

Es ist ein komplizierter und schwieriger Weg. Die 36 Seiten der Vorlage zeigen, dass sich alle mit Inklusion beschäftigen müssen, nicht nur das Sozialreferat und das RBS. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung geht die gesamte Stadtverwaltung etwas an. Deshalb ist es gut, dass wir das Thema heute in der Vollversammlung behandeln.

Inklusion heißt: Wir müssen uns ändern. Die Gesellschaft, die Umgebung, die Schulen, die Verwaltung, die Gebäude – alle müssen sich an die Bedürfnisse der einzelnen Menschen anpassen, damit alle teilhaben können und niemand ausgeschlossen wird, egal, ob mit oder ohne Handicap, egal, wie sprachkompetent oder kognitiv begabt jemand ist, egal, woher die Person kommt. Dorthin muss die Reise gehen.

Das ist heute ein sehr guter Aufschlag. Die Arbeitsgruppe wird mit den Zielgruppen, dem Behindertenbeirat und dem Seniorenbeirat die tatsächlichen Bedarfe aufzeigen und Maßnahmen überlegen. Wir müssen sie dann umsetzen und die Ressourcen dafür bereitstellen.

Das Kreisverwaltungsreferat wurde bereits entsprechend umgebaut. Es ist ein gutes Beispiel, bei dem man sich etwas anschauen kann. Man kann sich von der U-Bahn bis ins Gebäude gut orientieren, es gibt mehrere barrierefreie Zugänge und ein taktiler Bodenleitsystem. Es ist wichtig, dass mehrere Sinne angesprochen werden. Es gibt höhenverstellbare Tische und Bürgerterminals sowie höhenverstellbare Waschbecken und Herdplatten für Mitarbeitende. Auch in anderen Referaten gibt es sehr gute Beispiele, aber ich möchte meine Redezeit nicht überbeanspruchen, deshalb lasse ich es dabei bewenden.

Wichtig ist auch die digitale Barrierefreiheit. Da geht es um Untertitel und Übersetzungen in Gebärdensprache in Videos sowie um barrierefreie PDFs. Leichte Sprache ist ein sehr wichtiges Thema. Ein Piktogramm ist nicht einfach ein Piktogramm. Es geht darum, dass es kontrastreich und erhaben ist, damit man es spüren kann. Es sind oft die kleinen Dinge, die eine große Wirkung haben.

Es wird entscheidend sein, dass die zuständigen Stellen für die Umsetzung nahtlos zusammenarbeiten. Für den Weg von der U-Bahnstation ins Gebäude ist die MVG zuständig, für die Schilder auf dem Weg das Baureferat, für die Beleuchtung und den Zugang zu den städtischen Gebäuden das Kommunalreferat und für das Leitsystem im Gebäude das Referat, das das Gebäude nutzt. Alles muss gut zusammenspielen. Auch bei der Zusammenarbeit müssen Barrieren, wenn vorhanden, abgebaut werden, damit das ein richtig inklusiver Paukenschlag wird, den wir heute

beschließen. Meine Vision ist, dass alle, die mit Publikumsverkehr zu tun haben, bis zum Jahr 2025 Vorschläge erarbeiten, wie wir inklusiv werden können.

Ich stelle den mündlichen Änderungsantrag, dass in Ziffer 8 das Wort „spätestens“ eingefügt wird:

„Die städtischen Referate werden beauftragt, bis spätestens Mitte 2025 Maßnahmenpläne zur weitgehenden Umsetzung der Standards für barrierefreien Parteiverkehr zu erarbeiten und ihren Fachausschüssen vorzulegen.“

Ich hoffe, dass das bis dahin passiert, und wir diesen Weg weitergehen können. Unser gemeinsamer Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste wurde vorgestellt. Der Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI ist etwas kurzfristig gekommen. Ich bin gespannt auf die Einschätzung des Sozialreferats, was möglich ist und was nicht. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

– StR Lechner kommt als Dragqueen ans Mikrofon. –

StR Lechner:

Verehrter Oberbürgermeister, verehrte Bürgermeisterinnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Guten Morgen! – (Beifall) – Herr Oberbürgermeister, Sie müssen mir unter Umständen helfen. Ich bin mir unsicher, ob wir den Livestream jetzt nicht ausschalten sollten. Wenn Jugendliche und junge Menschen das hier – (StR Lechner deutet auf seine Aufmachung als Dragqueen) – aushalten müssen, wird das vermutlich zu einer frühsexuellen Revolution in der Stadt führen. Und das wollen wir doch bestimmt nicht, oder? Ist es okay, den Livestream laufen zu lassen? Ja? Okay, dann lassen wir ihn laufen.

Heute ist der IDAHOBIT – International Day Against Homophobia, Biphobia, Interphobia and Transphobia. An alle Kolleg*innen, die jetzt ganz gespannt auf mich blicken und eine Rede dazu erwarten: Euch muss ich leider enttäuschen. Ich bin ja nicht zum Spaß hier. Ich bin zum Arbeiten hier und möchte deswegen den aufgerufenen Tagesordnungspunkt A 4 kommentieren. – (StR Prof. Dr. Hoffmann: Ich hoffe, die Handtasche ist nicht aus Krokodilleder.) – Das ist natürlich kein Krokodill!

Wir haben die Reden der Vertreterinnen von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt gehört. Die Vorlage ist für mich eine Achterbahnfahrt. Deswegen muss ich an einigen Punkten massiv

abweichen und sehr viel Wasser in den Wein gießen. Natürlich sind viele wichtige und richtige Punkte enthalten. Wer sie genau liest, stellt aber fest, dass die darin enthaltene Behauptung, es sei ein gemeinsamer Aufschlag der Referate, überhaupt nicht stimmt. Die Zusammenarbeit der Referate und der Verwaltung beim Thema Inklusion ist ein Debakel. Anders kann man es nicht nennen. Ich werde das mit einigen Beispielen belegen.

In der Vorlage steht, dass viele Prozesse aufgrund gesetzlicher Normen durchgeführt werden. Das ist gut. Wir brauchen Gesetze und Verordnungen. Aber es fehlt etwas. Inklusive Arbeit und Barrierefreiheit bedeutet auch Erkenntnis, Freundlichkeit, Höflichkeit, es bedeutet, aufeinander zuzugehen, an andere Menschen zu denken, sie einzubeziehen. Das ist nicht nur eine Frage von Regelungen, Gesetzen und Anweisungen, die wir von oben geben. Es ist insbesondere eine Frage der Haltung.

Wir haben uns auf vielen Ebenen dazu verpflichtet. Wir haben die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben. In der Umsetzung hinken wir seit Jahren massiv hinterher. Wir haben die Sustainable Development Goals unterschrieben. Punkt 3 lautet: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern. Punkt 4: Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern. Punkt 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zum Recht ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen. Das sind große Worte, zu denen wir uns verpflichtet haben.

Die Umsetzung dieser Punkte erfolgt sowohl in einem „Top down“-Prozess durch Politik und Verwaltung als auch in einem „Bottom up“-Prozess, denn es gibt sehr viele engagierte Menschen, Gruppen und Initiativen, die daran arbeiten. Ich bin sehr froh, dass wir viele davon in der Stadtverwaltung haben. Wenn ich hier bestimmte Dinge kritisiere, ist es mir ganz wichtig, dass damit nicht die Kolleg*innen gemeint sind, die konkret an diesem Thema arbeiten, die sich „den Arsch aufreißen“ und teilweise gegen Wände laufen. Alle, die ein bisschen mehr mit dem Thema Inklusion zu tun haben und etwas umzusetzen versuchen, wissen, wovon ich rede. Ihnen gilt an dieser Stelle mein expliziter Dank.

Hier geht es um Haltung. Von den Referaten hören wir sehr oft und auch jetzt wieder in dieser Vorlage: Man müsste, man könnte, man sollte, man muss prüfen etc. Liebe Leute, an diesem Punkt

sind wir nicht mehr. Wir beackern das jetzt seit über 20 Jahren. Es gibt viele Dinge, die wir nicht mehr prüfen müssen. Wir müssen endlich einmal anfangen. Das ist die entscheidende Botschaft.

Wir brauchen nicht noch einmal zehn Runden mit den Betroffenen. Die Betroffenen klopfen bei uns seit 20 Jahren an die Tür und sagen, was sie brauchen. Wir tun es nicht in dem Maße, in dem es notwendig wäre, damit Inklusion massiv voranschreitet. Deshalb ist unser Änderungsantrag so umfangreich.

Barrierefreiheit ist nicht das Ziel, sondern die Voraussetzung für Inklusion. Bei Barrierefreiheit muss ich nicht alle Leute fragen, ob ihnen irgendein Hindernis im Weg steht, sondern ich kann auch selbst die Augen aufmachen und ein paar Hindernisse entdecken. Denn das heißt „inklusiv“: Defizite erkennen und proaktiv an deren Beseitigung arbeiten. Es heißt nicht, von den anderen zu fordern, dass sie uns darauf hinweisen. Menschen mit Einschränkungen sind als beratende Mitglieder in den Gremien gern gesehen. Das finde ich sehr wichtig, weil es um Selbstbestimmung geht. Aber wir brauchen keine neuen Erkenntnisse mehr. Wir wissen, worüber wir reden.

In der Vorlage steht: *„Diese Standards werden von allen städtischen Referaten grundsätzlich begrüßt.“* Alle sagen: Prima, finden wir gut. So reden wir uns die Situation schön, denn de facto begrüßen die Referate diese Standards nicht. Bei der Umsetzung mangelt es an der grundlegenden Haltung.

In der Vorlage folgt auf die Einleitung der Grundsatz: Wir bieten Dienstleistungen für alle. Das ist die Kernaussage dieses Beschlusses. Es geht nicht um Extrawürste und Sondermaßnahmen, nicht darum, etwas Besonderes für eine bestimmte Gruppe zu machen und für eine andere Gruppe etwas anderes Besonderes, sondern darum, dass von Barrierefreiheit und Inklusion alle profitieren. Dazu passt, dass laut Vorlage der Migrationsbeirat eingebunden werden soll. Denn dort haben Menschen andere Einschränkungen als Personen, denen man üblicherweise Behinderungen zuschreibt. Diese Einschränkungen können auch kultureller oder anderer Natur sein.

An einigen Punkten ist die Vorlage sehr klar – vielen Dank dafür, Frau Schiwy – wie etwa die Gesetzesgrundlage:

„Die Versagung angemessener Vorkehrungen für Menschen mit Behinderung ist eine Benachteiligung im Sinn dieses Gesetzes (Art. 5 BayBGG).“

Das heißt, indem wir angemessene Vorkehrungen versagen, behindern wir die Menschen. Deswegen ist es wichtig, dass wir in der Umsetzung schneller werden.

In der Vorlage steht, die Referate hätten die Gelegenheit gehabt, ihre Anmerkungen vorzubringen. Dies hätte im November 2022 geschehen sollen. Hier kommen wir zum ersten Skandal. Da muss ich aus der Steuerungsgruppe erzählen. Wir haben einen hervorragenden Vorsitzenden, der die Dinge vorantreibt, der zwischen den Sitzungen die Referate anschreibt. Der Auftrag an die Referate war zu berichten, was sie für Inklusion tun, wie sie aufgestellt sind, was sie zu tun gedenken und was sie brauchen. Es gab nur fünf bis acht Antworten, da nicht alle Referate geantwortet haben. Unsere Sozialbürgermeisterin, Frau Dietl, musste sich den Hut aufsetzen und den Brief noch einmal schreiben, damit wir Antworten bekamen. Das ist ein Unding.

Wenn wir über Inklusion reden, erwarte ich von allen, insbesondere von der Verwaltung und den Referaten, dass sie das ernst nehmen, egal, welche Arbeitsgruppe daran arbeitet. Es kann doch nicht sein, dass wir die Bürgermeisterin brauchen, um eine Antwort auf unsere Fragen zu bekommen. Das ist einer der Gründe, warum es so lange gedauert hat und warum wir nicht im November, sondern erst jetzt im Mai über diese Vorlage reden.

In den Antworten der Referate ist oft zu lesen, es gebe keine Vorschriften, beispielsweise, um Aufzüge barrierefrei zu bauen. Wie bitte? 2023 sollte es selbstverständlich sein, Aufzüge barrierefrei zu bauen, zumindest in öffentlichen Gebäuden. Wenn es an einer Vorschrift fehlt, dann müssen wir sie erlassen. Und wenn das Referat es nicht allein kann, muss es das Problem dem Stadtrat vorlegen, idealerweise mit einem Lösungsvorschlag. Es ist auch in Ordnung zu sagen: Wir haben ein Problem, wir wissen nicht weiter. Aber das muss benannt werden, damit wir es angehen und an den Rahmenbedingungen arbeiten können.

Ein weiteres Thema ist der Denkmalschutz. Wir müssen uns im Rahmen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes mit dem Denkmalschutz befassen. Es kann aber nicht sein, dass wir unsere Gebäude mehr wertschätzen als die Menschen. Es geht nicht um den Schutz der 500 Jahre alten Treppe, sondern um den Schutz der Menschen, die diese Treppe benutzen. Das ist doch der Punkt. Wir werden den Denkmalschutz dementsprechend anpassen müssen. Hier ist zu prüfen, was wir auf kommunaler Ebene tun können, und wo wir über die verschiedenen Parteien und Fraktionen auf höhere Ebenen einwirken müssen, damit entsprechende gesetzliche Veränderungen durchgeführt werden.

Was die von der Stadt angemieteten Gebäude anbelangt, darf es keine Kompromisse mehr geben. Ein Gebäude anzumieten, das nicht alle Voraussetzungen der Barrierefreiheit erfüllt, gehört der Vergangenheit an. Ich erwarte, dass grundsätzlich eine andere Haltung eingenommen wird, und zwar von allen Beteiligten.

Nun kommt der nächste Punkt, den ich massiv kritisiere: In vielen Antworten der Referate steht, dass das Thema sie nicht so sehr betreffe, da sie keinen klassischen Parteiverkehr hätten. Das mag im Einzelfall stimmen, in der Vorlage geht es primär um den Parteiverkehr. Aber wenn ich an die Fragestellung mit dieser Haltung herangehe, besteht ein grundsätzliches Problem.

Wir dürfen beim Thema Inklusion und Barrierefreiheit nicht nur an Menschen im Rollstuhl denken, sondern auch an die Option, dass es jeden und jede von uns treffen kann und alle Vorsorge treffen müssen. Wenn ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin einen Unfall hat, beispielsweise einen Arm oder ein Bein verliert, dann ist das am nächsten Tag ein Thema für alle.

Es geht darum, dass alle, die Unfälle haben und Handicaps davontragen, genauso gut durchs Leben steuern können, wie sie es bis zu ihrem Unfall getan haben. Da wird die Differenz zu den Menschen deutlich, die das bislang nicht konnten. Wir müssen das schleunigst auf den Weg bringen, damit auch diese Menschen dazu befähigt werden.

Wenn wir das Problem erkennen, müssen wir es angehen, sonst befinden wir uns in einer Endlosschleife. Wir dürfen den Felsbrocken, den wir gerade auf den Berg gehievt haben, nicht in Sisyphos-Manier gleich wieder nach unten rollen lassen.

In den Antworten der Referate ist oft von eigenen Standards die Rede. Es ist nicht schlecht, sich Gedanken zu machen und eigene Ideen zu entwickeln. Diese Fleißarbeit ist aber unnötig. Wir brauchen nicht für jedes Referat eigene Standards, sondern einheitliche Standards für alle Referate.

Jetzt komme ich zu einem Teil der Vorlage, den ich sehr gut finde. Die Vorlage enthält sehr viele Details, wie die Kollegin Likus bereits gesagt hat. Wie die einzelnen Punkte später konkret umgesetzt werden, ist sehr diversifiziert. Man muss in verschiedene Richtungen denken. In der Vorlage stehen viele gute Vorschläge.

Ich erwarte, dass alle aus den Referaten und der Verwaltung mitziehen, um diesen Prozess mit den von uns gemachten Vorschlägen anzustoßen. Wenn zusätzliche Ideen kommen, ist das erfreulich, aber auch diese sollten vereinheitlicht werden. Das Sozialreferat ist in diesem Prozess offensichtlich am weitesten. Von dort kommen die meisten brauchbaren Sätze in dieser Vorlage.

Die gesetzlichen Vorschriften und Normen zur Barrierefreiheit sind in einem ständigen Veränderungsprozess. Ein Schlüsselsatz aus der Vorlage lautet:

„Daher ist es sinnvoller, den tatsächlichen Bedarf der Zielgruppe aufzugreifen, als lediglich die derzeit gültigen Normen zu berücksichtigen.“

In der UN-Behindertenrechtskonvention steht nicht, dass wir möglichst viele Gesetze und Vorschriften erlassen sollen, sondern Hemmnisse abbauen und für Gleichberechtigung sorgen müssen. Natürlich ist es toll, wenn uns die Zielgruppe in diesem Prozess unterstützt und auf Dinge aufmerksam macht. Aber an ganz vielen Stellen wissen wir selbst, was zu tun ist.

Es geht um die Haltung, die sich durch alle Referate und die ganze Verwaltung zieht. Wenn wir diesen Beschluss fassen, erwarte ich, dass alle Haltung zeigen und die Sache ernst nehmen, dass Anfragen beantwortet werden, dass man mit auf diese Reise geht. Es geht nicht um tausend Extrawürste, sondern darum, dass wir erkennen, wie viel Positives darin liegt, und wie viel wir alle gemeinsam davon profitieren.

Bei Barrierefreiheit und Inklusion reden wir nicht über massive Budgets. Es wird Begleitgeräusche geben, weil wir fortbilden und nachschärfen müssen, aber der entscheidende Faktor ist unsere Haltung. Wir alle können an unserer Haltung arbeiten. Deshalb können wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung abholen, in den Prozess einbeziehen und sie nicht belasten mit Aussagen wie: Das wird jetzt alles kompliziert oder wir haben schwierige Aufgaben vor uns. Ich will nicht über Probleme reden, sondern über Lösungen.

Zur Öffentlichkeitsarbeit: Das ist ein sehr guter Abschnitt in der Vorlage, insbesondere die Feedback-Schlaufen. Ich rege an, das zu standardisieren. Alle Mitarbeiter*innen im Publikumsverkehr sollten den Menschen die Möglichkeit zu Feedback geben, etwa durch das Aushändigen von Karten. So erhalten wir die Chance, unmittelbare Rückmeldungen zu bekommen und Dinge zu verbessern.

Auch den Abschnitt 4 über die Zuständigkeiten in der Stadtverwaltung möchte ich loben. Hier werden Vorschläge gemacht, wie Dinge angestoßen werden können. Und wenn etwas nicht funktioniert, dann ändern wir es eben. Hier sind Punkte aufgeführt, mit denen wir anfangen können.

Es kann und darf keine Diskussion mehr um barrierefreie Toiletten geben, sie müssen überall Standard sein. Toiletten sind das beste Beispiel für die umfassende Lösung solcher Probleme. Denn „Toiletten für alle“ sollten Standard sein. Auch nichtbinäre Menschen sollten geschützt sein, es sollte einen Wickeltisch geben. Das ist ein wunderbares Beispiel für Inklusion, dafür, wie wir Menschen einbinden, wie wir Lösungen für mehrere Personengruppen schaffen und viele davon profitieren.

Mehr als die Hälfte der Referate gibt aus der Perspektive der Facharbeitsgruppen eine traurige Figur ab, punktuell grenzt das sogar an Arbeitsverweigerung. Damit muss jetzt Schluss sein. Ich möchte im Namen der Betroffenen nicht mehr hören, wie viele Probleme es gibt, und was alles kompliziert ist. Es ist an der Zeit, Lösungen vorzuschlagen und das Thema in der gesamten Breite positiv zu sehen.

Es werden bahnbrechende Veränderungen stattfinden, die viel mehr Menschen zugutekommen, als allgemein erwartet wird. Alle müssen sich an die eigene Nase fassen und die Frage stellen: Wie viel von dem, was ich derzeit tue, kann ich nach einem Unfall, beispielsweise nach dem Verlust eines Beines, Armes oder des Augenlichts, noch machen? Alle sollten einmal darüber nachdenken, wie viele Probleme hausgemacht sind, weil Lösungen ausgesessen wurden, weil Dinge, die wir längst wussten, nicht umgesetzt wurden.

Unsere Stadt ist vielfältig und divers, auch Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen sind ein Teil dieser Vielfalt. Unsere schreckliche Vergangenheit mahnt uns, dafür zu sorgen, dass es keine zwei Arten von Ansichten darüber gibt, wie schützenswert ein Leben ist. Wir müssen offen und freundlich auf alle Menschen zugehen. Wir sollten niemanden zum Bittsteller degradieren, sondern die Bedarfe aller Menschen ernst nehmen. Das ist für mich eine soziale und solidarische Stadtgesellschaft.

Danke, liebe Freiwillige, die ihr Euch engagiert! Ich will es hier klar aussprechen: Es gibt viele engagierte Menschen. Sie müssen unterstützt werden. Liebe Referatsleitungen, liebe Abteilungsleitungen, bitte machen Sie sich auf den Weg! Helfen Sie mit und unterstützen Sie den Abbau

jeglicher Barrieren! Frei nach Douglas Adams: Die Welt wäre so viel besser, wenn die Leute zur Abwechslung mal nett zueinander wären.

Zwei Nachbemerken seien mir noch gestattet. Eine Frage an alle, die mir jetzt zugehört oder mich angestarrt haben: Welche Gehirnhälfte war mehr beansprucht, die für das Mitdenken oder die für die Optik? Das müssen Sie mir jetzt nicht beantworten. Ich finde es nur gut, darüber nachzudenken, denn es ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie wirksam Drag Culture ist, weil sie einem den Spiegel vorhält, ob man sich für Inhalte interessiert oder auf Äußerlichkeiten achtet.

Ich möchte mich auch bei Prof. Dr. Theiss bedanken: Ihr absurder Antrag hat es mir ermöglicht, mich für die Vielfalt in der Stadt einzusetzen. Ich hoffe, dass Sie sich für das schämen, was Sie angezettelt haben. – (Vereinzelt Beifall)

Herr Oberbürgermeister, ich fände es grandios, wenn Sie Ihre Enkelkinder an die Hand nehmen und zu der Lesung der Stadtbibliothek gehen würden. Ich biete Ihnen an, den Aufwand des Verkleidens noch einmal zu betreiben und als Begleitung mitzukommen. – (OB Reiter: Nicht drohen!) – Sie können es als Drohung wahrnehmen, ich kann aber auch Hilfestellung geben. Ich tue mir das noch einmal an, wenn Sie zusagen, dass Sie zu der Lesung kommen. Ich bin mir sicher: Diese Entschuldigung für Ihre ersten, etwas schwierigen Aussagen würde von der gesamten Community akzeptiert.

Last but not least möchte ich mich bei allen Dragkings und -queens für ihre Arbeit bedanken, für ihre gesellschaftlichen Interventionen, dafür, dass sie sich nicht unterkriegen lassen, gerade am IDAHOBIT, unserem Tag. Wir müssen zusammenhalten. Ich möchte mich insbesondere bei der ukrainischen Dragqueen Samantha Jackson bedanken, ohne deren Unterstützung meine Aufmachung undenkbar gewesen wäre. Vielen Dank! – (Beifall)

OB Reiter:

Herr Lechner, ich hoffe, ich habe jetzt etwas gut bei Ihnen, weil ich das Thema Sprechen zum Tagesordnungspunkt nicht ganz so ernst genommen habe, wie ich es normalerweise tue. – (Vereinzelt Beifall) – In diesem Fall habe ich eine Ausnahme gemacht. Ich bitte aber darum, drei Pluspunkte auf Ihrer Skala zu bekommen, dann bin ich nur noch bei minus 97 Punkten.

StRin Gaßmann:

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde nicht ganz so lange reden, möchte aber auch Wasser in den Wein gießen.

Ich fand den Gehalt der Vorlage ziemlich überschaubar. Insbesondere die Rückmeldungen der Referate haben mich staunend zurückgelassen. Mir fehlt die Substanz. Das wird auf Seite 16 ganz deutlich:

„Die städtischen Referate wurden zu Beginn des Jahres 2022 aufgefordert, den Umsetzungsstand der Barrierefreiheit und die Umsetzungsplanung mitzuteilen. Die Antworten fallen teilweise sehr differenziert und teilweise kursorisch aus.“

Das zeigt schon, dass nicht allzu viel darin steckt. Entschuldigung, lieber Herr Oberbürgermeister, drei Zeilen vom Direktorium – da hätte ich mehr erwartet.

Schade, dass die Kinder auf der Besuchertribüne nicht mehr da sind. Ich hätte gern gewusst, was sie von den Wortbeiträgen verstanden haben. Leichte Sprache ist in Wirklichkeit nicht ganz so leicht, wie es klingt. Ich habe mich mit dem Behindertenbeirat getroffen und versucht, mit Menschen mit Lernbeeinträchtigungen und Verständnisschwierigkeiten in Leichter Sprache zu sprechen. Verflix, es ist nicht einfach, dass der gewünschte Inhalt ankommt.

In unserem Bezirksausschuss haben wir eine tolle Kinder- und Jugendbeauftragte. Die Kinder stellen Anträge und bekommen dann von der Verwaltung auf 25 Seiten erklärt, warum etwas in ihrem Stadtteil nicht umsetzbar ist. Das ist so unverständlich, dass selbst die Kinder- und Jugendbeauftragte überlegen muss, wie sie das den Kindern erklärt. Ich erwarte, dass wir mehr auf die Kinder zugehen und Leichte Sprache anwenden.

In der Vorlage steht, die Stadtplanung könne Barrieren verhindern. Wirklich? Das wissen wir doch schon, dafür braucht es keine 36 Seiten. Es gibt entsprechende gesellschaftliche Entwicklungen und rechtliche Verpflichtungen.

Das KVR berichtete, dass sich die Beschäftigten für die Barrierefreiheit einsetzen und über die Maßnahmen freuen, weil es durchaus sein kann, dass man selbst einmal in die Lage gerät, Barrieren überwinden zu müssen, wie der Kollege Lechner vorhin sagte. Bernd Schreyer hat nach einem Unfall erkennen müssen, wo die Barrieren im Rathaus sind.

Die Verwaltung könnte in Leichter Sprache abfragen, ob der Kunde zufrieden ist. Explizit erwähnen möchte ich noch die Sorgfalt des Sozialreferats. Dort ist das Thema im Gegensatz zu anderen Referaten gut angekommen.

Die Vorlage enthält viele Stellungnahmen, aber ich vermisse diejenige des Seniorenbeirats. Es wird auch nicht vorgeschlagen, bei Bauvorhaben Akustikdecken mitzudenken. Ich ärgere mich über diese Vorlage, die für mich den Nährwert einer Gurke hat.

Wir unterstützen den Änderungsantrag von SPD/Volt/Volt und die Grünen – Rosa Liste, selbst wenn er nicht weit genug geht. Der Prüfauftrag dauert mir zu lange, weil wahrscheinlich erst wieder eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden muss. Das Vorhaben könnte ein bisschen beschleunigt werden.

Ziffer 9 des Änderungsantrags von DIE LINKE./Die PARTEI halte ich für obsolet, weil die Forderung im Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste umfassender ist.

Insgesamt stimmt mich die Vorlage traurig. Deswegen wünsche ich den Kolleginnen und Kollegen der regierenden Fraktionen: Legt eine Schippe drauf, es geht noch besser! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StR Roth:

Lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Thomas, ich habe Dir mit beiden Gehirnhälften zugehört und danke Dir für Deinen engagierten Einsatz. Der heutige Tag ist ein guter Tag für die Inklusion und die Barrierefreiheit in München.

Ich danke SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste für ihre gute Initiative, die wir mittragen. Wir unterstützen auch den Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI. Wir sind ebenfalls der Ansicht, dass manche Prüfaufträge abgekürzt werden könnten, weil eigentlich klar ist, was bei der Prüfung herauskommt. Wir dürfen aber auch die Komplexität der gesamten Stadtgesellschaft nicht aus den Augen verlieren. Der Stadtrat, Eltern, Schüler – alle wollen barrierefreie Schulen. Eine demokratisch geprägte Stadtverwaltung muss aber die Barrierefreiheit gegen andere berechnete Belange abwägen.

Die heutige Beschlussvorlage ist ein wichtiger Schritt. Nun müssen wir unser politisches Engagement fortsetzen. Für diese Daueraufgabe brauchen wir Geduld. Ich bin optimistisch, dass wir etwas Gutes hinbekommen werden. Vielen Dank!

StR Lechner:

Für mich stellt es ein Problem dar, ohne Brille zu lesen. Deswegen habe ich in meinem ersten Redebeitrag vergessen, auf meinen Änderungsantrag einzugehen. Mit dem Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste gehe ich mit, weil er weiter gefasst ist als die Ziffer 9 unseres Änderungsantrags. Mir geht es darum, Dinge, die möglich sind, zu konkretisieren.

Ein Problem ist, dass sich die öffentliche Verwaltung auf viele Gebäude verteilt. Deswegen ist es für Menschen mit Behinderungen oder Einschränkungen kompliziert, sich zurechtzufinden.

Es gibt zwei städtische Webseiten des Behindertenbeauftragten und des Behindertenbeirats. Barrierefreie Gebäude sind bis jetzt nur in der privaten App wheelmap.org hinterlegt. Es hinterlässt einen schlechten Eindruck, wenn in München nur der Bayerische Landtag als barrierefrei verzeichnet ist. Die Stadt sollte verantwortungsvoll mit dem Thema umgehen und könnte mit einer von Betroffenen entwickelten App darüber informieren, wenn wir DIN-Normen erfüllen.

Bei den Ausschreibungen muss nicht komplett umgedacht werden. Die Barrierefreiheit könnte als Bonuspunkt in die Bewertung aufgenommen werden, selbst wenn sie nicht Teil der Ausschreibung ist. Dieser Bonus sollte Menschen und Gruppen ermutigen, Inklusion eigenständig in die Bewerbung zu integrieren. Die Stadt könnte signalisieren, dass eine solche Bewerbung Bonuspunkte bringt, um das Thema positiv anzugehen.

Viele Räume sind nicht barrierefrei. Nur ein Beispiel: Die Steuerungsgruppe der UN-Behindertenrechtskonvention hat zuletzt in der Ratstrinkstube des Rathauses getagt, die nur über Stufen zu betreten ist. Ich habe mich gefragt, wie der Kollege Utz den Raum erreichen soll. Er sagte mir, dass er über den Lastenaufzug in den Raum komme. Das ist demütigend und darf nicht passieren. Man sollte in barrierefreie Räume ausweichen. Wir dürfen Menschen mit der Auswahl solcher Räume nicht demütigen, sondern müssen andere suchen. – (Vereinzelt Beifall)

Bfm. StRin Schiwy:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadtratsmitglieder! Den Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste sowie den mündlichen Änderungsantrag von Stadträtin Berger kann ich übernehmen.

Ziffer 4 des Änderungsantrags von DIE LINKE./Die PARTEI können wir nicht übernehmen, weil dadurch der Beschluss der Steuerungsgruppe konterkariert würde. In der letzten Sitzung wurde beschlossen, den Aktionsplan zur Umsetzung nicht in die UN-Behindertenrechtskonvention zu integrieren, sondern ihn zu verknüpfen. Deswegen finde ich es schwer, wenn die Vollversammlung anders entscheidet als die Steuerungsgruppe.

Zu Ziffer 6: Die „Wheelmap“ ist keine städtische App, deswegen kann ich diese Forderung nicht übernehmen, weil ich keinen Einfluss auf diese private App habe. Die verbesserte Information zur Barrierefreiheit von städtischen Veranstaltungsräumen werden wir ohnehin umsetzen.

Zu Ziffer 9: Das Anliegen ist richtig. Wir können es aber nicht beschließen, weil wir dafür Geld brauchen. Deswegen schlage ich einen Prüfauftrag vor.

Zu Ziffer 11 äußert sich Frau Dichtl, die das Direktorium leitet.

Zu Ziffer 12: Man kann nur Dinge umsetzen, wenn sie auch möglich sind. Deswegen könnten die vier Worte „soweit es möglich ist“ gestrichen werden. In der Sache bleibt es aber am Ende gleich.

OB Reiter:

Soweit ich Herrn Lechner verstanden habe, muss über Ziffer 9 seines Änderungsantrags nicht abgestimmt werden.

Frau Dichtl (Leitung Direktorium):

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Die Ziffer 11 des Änderungsantrags von DIE LINKE./Die PARTEI kann übernommen werden, wenn sie wie folgt ergänzt wird:

„... *in den Fällen, in denen es rechtlich möglich ist...* “. Wir hätten diese Kriterien auch bei einem Prüfauftrag entwickelt, aber so ist es verbindlicher formuliert.

OB Reiter:

Die Sozialreferentin übernimmt Ziffer 11 des Änderungsantrags in der von Frau Dichtl vorgeschlagenen Formulierung. Deswegen muss darüber nicht mehr abgestimmt werden.

Der Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI wird wie folgt abgestimmt:

Ziffer 4 wird gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI, FDP BAYERNPARTEI und ÖDP/München-Liste **abgelehnt**.

Ziffer 6 wird gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI, FDP BAYERNPARTEI und ÖDP/München-Liste **abgelehnt**.

Ziffer 12 wird **einstimmig beschlossen**.

Der modifizierte Antrag der Referentin **einstimmig beschlossen**.

Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags im ÖPNV an die MVG ab 01.01.2025

Aktensammlung Seite 4981

StRin Burger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Oscar Wilde soll einmal gesagt haben:

„Am Ende wird alles gut. Und wenn es nicht gut ist, ist es nicht das Ende.“

Ich hoffe, dass mit dem bürokratischen Wort „öffentlicher Dienstleistungsauftrag“ (ÖDLA) alles gut wird. Der Stadtrat hat viel über Sozialstandards diskutiert. Meine Fraktion hat dazu drei Anträge gestellt, aber auch andere Fraktionen haben ihren Input gegeben. Ich danke allen, die in den letzten drei Tagen die verschiedensten Versionen des Antrags des Referenten abgestimmt haben. Ich danke auch der MVG, dem Mobilitätsreferat und dem Betriebsrat, der sich die Mühe gemacht hat, wichtige Punkte einzubringen. – (Vereinzelt Beifall)

ÖDLA verändert die Vertragsbeziehungen, und die Vertragsgestaltung ändert die Grundlogik des ÖPNV, der nicht nur ausgebaut werden, sondern auch gute Arbeit leisten soll. Deswegen ist es wichtig, wie viele Busleistungen selbst erbracht werden, wie die Münchenezulage für das teure München aussieht und wie die Arbeitsplätze beim Übergang gesichert werden. Im ÖPNV müssen Qualitätsstandards gelten. Wir hoffen, dass am Ende alles gut wird, und freuen uns auf den Prozess. Danke schön!

StR Bickelbacher:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Thema schon im Ausschuss debattiert. Ich freue mich, dass wir die MVG nun auf wirtschaftliche Füße stellen können. Mit der Eigenwirtschaftlichkeit war es nicht möglich, ein gutes Angebot einzuführen. Wir haben neidisch nach Wien geschaut, wo viel Geld in den ÖPNV gesteckt und nicht gegen EU-Recht verstoßen wird.

Corona hat alles durcheinandergewirbelt. Jetzt stehen wir an diesem Wendepunkt und schaffen eine Basis für die nächsten 22 Jahre. Stabilität und Planbarkeit sind für das Unternehmen wichtig; wichtig ist aber auch, dass wir als Stadtrat flexibel bleiben. Zudem freue ich mich über die Einigung

in den letzten Tagen. Wir haben die Entscheidung über die Vorlage vertagt, damit sich Betriebsrat und Geschäftsführung einigen können. Jetzt haben wir eine gute Grundlage für die Verkehrswende in München, bei der der öffentliche Nahverkehr eine wichtige Rolle spielt.

StRin Mirlach:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke der MVG, dass sie die Forderungen unseres in die letzte Ausschusssitzung eingebrachten Änderungsantrags übernommen hat. Es ist wichtig, dass die Sozialstandards angepasst worden sind.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

– Ende der öffentlichen Sitzung um 10:34 Uhr –

– Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgesetzt. –

München, den 17. Mai 2023

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll